

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

13.8.1932 (No. 188)

Expedition  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 9515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
J. S.  
G. H. Seyfried  
Karlsruhe

**Wegpreis:** Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Stenogramm. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Prozentsatz gilt und vermerkt werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachrichtenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Lage der Weltwirtschaft Ein Urteil der Berliner Handelsgesellschaft

Die Frage, inwieweit der nun in Amerika sich zeigende Optimismus über die Lage der Weltwirtschaft und die bereits zu erkennende Krisenwende berechtigt sei, untersucht als erste der deutschen Großbanken, die Berliner Handelsgesellschaft. Das Institut bemüht sich, zu ermitteln, ob die Anregungen, die vom Weltmarkt ausgehen, auch einen nachhaltigen Niederschlag in Deutschland finden werden. Es werden folgende Schlussfolgerungen gezogen:

„Wer der Meinung ist, daß Deutschland auf eine Pflege der weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht verzichten kann, muß in den internationalen Wertschwundsymptomen einen Anlaß zu bescheidenem Optimismus finden. Leider sind diese Anzeichen weniger unmittelbar als mittelbar geeignet, die Deutsche Wirtschaft im günstigen Sinne zu beeinflussen. Nach einer dreijährigen Dauer der Weltwirtschaftskrise erscheint es nicht unangekündigt, sich an Hand der Statistiken ein Bild des erreichten Schrumpfungsumfanges und der Möglichkeiten eines Konjunkturaufschwungs zu machen. Die allgemeine Betrachtung der Ziffern macht sich an der Tatsache orientieren, daß seit einiger Zeit die statistisch nicht erfahrbaren Symptome eines wirtschaftlichen Umsturzes günstiger zu sein scheinen, als die üblichen Zahlenreihen dies zum Ausdruck zu bringen vermögen.“

In Deutschland ist der Produktionsindex in den letzten drei Jahren um rund 46 v. H. zurückgegangen. Die Wagenherstellung der Reichsbahn erreichte im Juli 1929 einen Höchststand von 422 Mill. Wagen; die Juni-Ziffer 1932 lag um 89 v. H. darunter. Im Außenhandel wurde das höchste Gesamtvolumen (einschl. Reparationen) im April 1929 mit 248 Mrd. M. erreicht. Im Juni 1932 stellte sich der Betrag nur noch auf 92 Mrd. M. Der Rückgang beträgt also 67,1 v. H. Dabei nahm die Ausfuhr um 63,1 v. H., die Einfuhr um 71 v. H. ab. Der deutsche Großhandelsindex ermäßigte sich von 141,6 (Juli 1928) auf 95,9 im Juli 1932, d. h. um 32,3 v. H. Die Lebenshaltungskosten stellten sich im Juli d. J. auf 121,5 gegen 100 im März 1929. Die Schrumpfung beträgt also 22,4 v. H. Für die Beurteilung des Verfalls der Effektenmärkte mag die Angabe genügen, daß die am 30. Juni d. J. an der Berliner Börse notierten Aktien bei einem Durchschnittskurs von 48,20 v. H. und einem Nominalbetrag von 10,59 Mrd. M. einen Kurswert von 5,1 Mrd. M. hatten. Gegenüber 1931 beträgt die Abnahme 43,5 v. H., verglichen mit 1929: 69,6 v. H. und gemessen an dem Höchststand von 1927 sogar 72,9 v. H. Im gleichen Zeitraum sind Pfandbriefe, die den wichtigsten Wertmaßstab auf dem Rentenmarkt bilden, um 32,6 v. H. gefallen.

Für die amerikanischen Verhältnisse veröffentlicht Moody eine aufschlußreiche Zusammenfassung. Moody untersucht das Ausmaß der Wirtschaftsschrumpfung auf dem Gebiete der Kredit- und Börsenwesen einerseits und der Sphäre der Produktion und Preise andererseits. Er zieht aus seinen Zahlen das Fazit, daß der Wertschrumpfungszug auf den meisten Gebieten sehr weit vorgeschritten ist, daß aber verschiedene starrgebliebenen Teile der wirtschaftlichen Struktur die Anpassung noch nicht ausreichend mitgemacht haben. Er meint, daß eine „Deflation der Ideen“ die Liquidierung einer unhaltbar gewordenen Schuldenlast beschleunigen würde. Je schneller eine realistische Auffassung über diese Dinge Platz greift, desto leichter werden auch die restlichen Aufgaben bei der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts durchgeführt werden können.

Viele der von Moody genannten Ziffern haben durch die freundlichere Stimmung der letzten Wochen eine beträchtliche Korrektur erfahren. Durch die fortschreitende Besserung an den Effektenmärkten ist jedenfalls eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die Wirtschaftsanfurbelung geschaffen worden. Die Frage, ob die Aufwärtsbewegung, die zunächst nur eine Korrektur der vielfach zu weit getriebenen Wertvernichtung darstellt, in der nächsten Zeit durch neuen Kapitalzufluß alimentiert werden kann, darf zunächst kaum optimistisch beantwortet werden, wenn man nur den Umfang des aus der Verfleinerung des Wirtschaftsvolumens freierwerdenden Kapitals und des grundsätzlich neugebildeten Kapitals in Betracht zieht. Nun setzt aber Felix Somary in seiner Broschüre „Krisenwende?“ glaubhaft auseinander, daß das international kurzfristig gebundene Geld eine Reservestärke darstellt, wie sie in den beiden letzten Jahren kaum zur Verfügung gestanden hat. Somary sieht in der zunehmenden Anlagebereitschaft dieses Kapitals einen wichtigen Drehfaktor der Krise.

Eine weitere Anregung für die Besserung der weltwirtschaftlichen Gesamtlage wird sowohl von Somary als auch von Wagemann in der kürzlich erschienenen Broschüre „Krisenwende?“ erbracht. Allerdings wird gerade diese Besserung, so sehr sie als Kaufkraftfaktor für die Agrar- und Rohstoffländer ins Gewicht fällt, für Deutschland vorläufig noch nicht die Grundlage eines fühlbaren Konjunkturaufschwungs bilden können, es sei denn, daß die Höherbewertung auf den Warenmärkten, zweifellos unterstützt durch die liberale amerikanische Kreditpolitik, auch im Deutschen Reich allmählich wieder zur Auffüllung erschöpfter Lager und zur Vornahme gewisser Investitionsarbeiten anregt. Eine derartige „Einbedingung“ hat in Anbetracht der Devisenlage auch eine negative Seite. Für Deutschland ist es noch wichtiger als für andere Länder, daß die Erringung der Geld- und Kreditmärkte einer durchgreifenden Verflüssigungstendenz Platz macht. Leider wird die Kapitalumlagerung zum Geld- zum Rentenmarkt hier noch durch viele Hindernisse erschwert.“

### Letzte Nachrichten Hitler verhandelt

**Nachmittags Empfang beim Reichspräsidenten**  
In den heutigen Mittagsstunden verhandelte der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Hitler, mit dem Reichsfinanzminister von Bapen. Einer Meldung, wonach Hitler das ihm angebotene Amt des Vizekanzlers in Verbindung mit dem Amt des preussischen Ministerpräsidenten abgelehnt und dem Kanzler bereits die Opposition seiner Partei angekündigt haben sollte, schien sich nicht zu bewahrheiten, da, wie weitere Meldungen besagten, die Verhandlungen fortgesetzt wurden.

Nach den bekanntgewordenen Dispositionen wurde die Besprechung Hitlers beim Reichspräsidenten, die ursprünglich für heute mittag angelegt war, auf heute nachmittag verschoben. Der Reichskanzler soll vorher dem Reichspräsidenten über seine Besprechung mit Hitler Bericht erstatten und dann gemeinsam mit Hitler vom Reichspräsidenten empfangen werden.

### Die Gegensätze

Der Gegensatz zwischen den drei in Frage kommenden Aufstellungen, wie er Freitag abend und auch noch heute, Samstagvormittag, bestand, läßt sich folgendermaßen darstellen:

Die Nationalsozialisten verlangten die Führung in einem nationalsozialistisch beherrschten Kabinett, in dem sie nach freiem Ermessen den Vertretern anderer Parteien diesen oder jenen Ministerposten überlassen wollten. Der Reichspräsident ist der Ansicht, daß ein solches von den Nationalsozialisten beherrschtes parteipolitisches Kabinett nicht in Frage komme und will an der bisherigen Konstitution eines Präsidialkabinetts festhalten, in dem zwar Nationalsozialisten vertreten sind, aber ohne parteipolitische Bindung. Der Reichspräsident zeigte jedoch die Absicht, den Wünschen der Nationalsozialisten soweit entgegenzukommen, wie es mit seinem persönlichen Standpunkt irgendwie zu vereinbaren ist. Dieser persönliche Standpunkt hält aber, wie in der Umgebung betont wurde, daran fest, daß die Übertragung des Reichskanzleramts an Adolf Hitler nicht in Frage komme, und zwar deshalb nicht, weil der Reichspräsident nach den Erfahrungen der letzten Jahre entschieden gegen jede Parteiregierung ist. Die Beauftragung Adolf Hitlers würde aber nach seiner Auffassung die Erhebung des Präsidialkabinetts Bapen durch eine Parteiregierung bedeuten. Deshalb gingen die heutigen Besprechungen von der Basis aus, daß Hitler im Rahmen der Präsidialregierung das Amt des Vizekanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten übernimmt.

Das Zentrum schließlich hat erklärt, daß es nicht die Absicht habe, ein rein nationalsozialistisches Kabinett zu tolerieren und es will sich noch viel weniger mit einem Präsidialkabinett einverstanden erklären, bei dem die Verantwortung der Nationalsozialisten, ebenso wie bei dem Kabinett Bapen, nicht offen daläge.

Die „Frankf. Ztg.“ legt die Erklärung des Zentrums vom Donnerstag folgendermaßen aus: Abgesehen von seinem Wunsch, Herrn von Bapen zu kürzen, stellt es folgende Forderungen auf: keinerlei Parteibikatur (dieser Punkt dürfte keine Schwierigkeiten bereiten), „klare Verantwortlichkeit“ und Einhaltung des „verfassungsmäßigen Weges“. Unter diesen Bedingungen will sich die Zentrumspartei „jeder Lösung gegenüber positiv verhalten“. Da es ausgeschlossen ist, daß der Reichspräsident die Verfassung verletzen wird, und da auch Bapen-Schleicher eine parlamentarische Untermauerung der Regierung wiederholt als ihr Ziel erklärt haben, können vernünftigerweise Differenzen nur wegen der Frage entstehen, auf welche Weise die Verantwortlichkeit der NSDAP, am klarsten festgelegt werden kann. Die parteiunabhängige Erklärung des Zentrums hat bisher nicht gesagt, daß unter allen Umständen soundso viele Zentrumsmänner und soundso viele nationalsozialistische Parteimitglieder müssen, damit das Zentrum sich „positiv verhalten“ kann.

### Mißglückter Studentenputsch in Chile

W.D. Santiago de Chile, 13. Aug. 400 Studenten bemächtigten sich gestern der Universität in Santiago und verkündeten, daß sie eine neue Republik gründen wollten. Polizei belagerte die Räume und bei dem Versuch, die Studenten aus der Universität zu vertreiben, wurde ein Polizist getötet. Die Aufständischen wurden schließlich verhaftet.

Aber Chile soll der Ausnahmezustand verhängt worden sein.

**Strafantrag von Prälat Kaas.** Wie die „Königliche Volkszeitung“ berichtet, hat Prälat Kaas wegen der Angriffe, die von nationalsozialistischer Seite vor der Reichstagswahl in einem Plakat gegen die Prälaten Kaas und Ullrich gerichtet worden sind, Strafantrag gegen den Chefredakteur des „Westdeutschen Beobachters“ Winkler und Gen. gestellt. In dem Plakat wurde gegen die Prälaten Kaas und Ullrich der Vorwurf erhoben, die Abtrennung der Rheinlande und Schlesiens angestrebt zu haben.

**Stadtrat Förster nicht verhaftet.** Die Gau-Pressestelle der NSDAP, Rheingau, teilt nun mit, daß sie der Notiz betreffend die Festnahme des zur Strafverbüßung geschickten nationalsozialistischen Schriftleiters und Stadtrats Förster, Ludwigshafen, fernstehe. Auf Anfrage bei den behördlichen Stellen wird bestätigt, daß Förster bisher nicht auffindbar war, eine Festnahme also auch nicht erfolgen konnte.

### Bringt die Neuregelung des freiwilligen Arbeitsdienstes einen Fortschritt?

Von Dr. G. Weizmann, Karlsruhe.

Der Freiwillige Arbeitsdienst ist durch die Verordnung vom 16. Juli 1932 neu geregelt worden. Sie enthält die wesentlichsten Bestimmungen über den Umfang, den Zweck und die wichtigsten Grundzüge des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die bisherigen Erfahrungen, die seit der ersten gesetzlichen Regelung gesammelt werden konnten, sind so gute und haben im großen und ganzen die gehegten Hoffnungen erfüllt, daß das neue Recht in den großen Grundlinien sich an das alte anschließen konnte und nur auf Teilgebieten einige allerdings sehr einschneidende Änderungen erforderlich wurden.

Während bisher in der Hauptsache Empfänger von versicherungsmäßiger Mu und von Krü = Arbeitslosen- und von Krisenunterstützung, und unter gewissen Voraussetzungen auch Jugendliche unter 21 Jahren gefördert werden konnten, soll nunmehr nach Artikel 1 der genannten V.O. (= Verordnung) der freiwillige Arbeitsdienst den jungen Deutschen die Gelegenheit geben, freiwillig ernste Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig sittlich zu erziehen. Damit ist gleichzeitig für die künftige Entwicklung die Richtung gewiesen. Die Begrenzung auf die lediglich von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unterstützten ist grundsätzlich aufgegeben. Naturgemäß sind diese bevorzugt zu berücksichtigen, daneben aber auch die als Wohlfahrtserwerbslose in der öffentlichen Fürsorge Unterstüßen.

Nach früherem Recht konnten mit gewissen Einschränkungen alle Altersklassen unter den sonstigen Voraussetzungen am freiwilligen Arbeitsdienst teilnehmen. Jetzt soll nach Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung die Förderung hauptsächlich Personen unter 25 Jahren zustatten kommen. Dies schließt natürlich nicht aus, in besonderen Fällen auch Personen über 25 Jahre zu den Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes zuzuweisen. Bei dem außerordentlich großen Umfang der Arbeitslosigkeit aber wird man ältere und verheiratete Arbeitslose vornehmlich zweckmäßigerweise bei Notstandsarbeiten verwenden.

Die Grundzüge der Gemeinnützigkeit, der Zufälligkeit und der Subsidiarität sind aufrechterhalten. Im Art. 2 ist ausdrücklich bestimmt, daß der Arbeitsdienst nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen darf; er muß sich auf Arbeiten erstrecken, die weder jetzt, noch auf absehbare Zeit ohne Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen werden können.

Daß der freiwillige Arbeitsdienst der Gesamtheit dient und nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden darf, ist erneut festgelegt worden.

Hinsichtlich der Frage, wer Träger der Arbeit sein kann, hat die neue Verordnung eine Erweiterung inforsen gebracht, daß nunmehr auch Unternehmungen, die auf Erwerb gerichtet sind, Träger der Arbeit sein können, vorausgesetzt, daß dabei die Ergebnisse ausschließlich oder überwiegend der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen.

Zur Zusammenfassung und Betreuung der Arbeitsdienstwilligen sind in den vergangenen Monaten zweckentsprechende Organisationen gegründet worden. In Südwestdeutschland haben vor allem das Heimatwerk Stuttgart und das erst vor einiger Zeit gegründete Heimatwerk Baden den freiwilligen Arbeitsdienst in erfreulichem Umfange gefördert. Sie fungieren als Träger des Dienstes, soweit nicht die Träger der Arbeit die vorgeschriebenen Aufgaben übernehmen, und werden nunmehr nach Art. 3 Abs. 2 der Verordnung als im besonderen Maße geeignet anerkannt.

Die genannte Verordnung hat nur den großen Rahmen abgegeben, der bei der grundsätzlichen Prüfung, ob ein Vorhaben im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes verwirklicht werden kann, zu beachten ist, und hat deshalb lediglich programmatische Bedeutung. Die in der Praxis stehenden Kreise sind aber hauptsächlich von den Durchführungsvorschriften betroffen, die nunmehr erlassen sind, soweit das Reichsarbeitsministerium hierfür zuständig ist. Die Ausführungsvorschriften zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst sind unter dem 2. August 1932 ergangen.

Der Grundsatz der Freiwilligkeit ist wiederum besonders betont. Eine Sperrfrist nach § 93c MABG. kann nicht verhängt werden.

Wie nach altem Recht, wird für den Arbeitsdienstwilligen nach § 6 ein Betrag von höchstens 2 RM. wochentäglich gewährt, und zwar bis zur Dauer von 20 Wochen innerhalb eines Zeitraums von 2 Jahren. Die frühere sog. Individualunterstützung ist weggefallen. Bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten kann die Förderungsdauer bis zu 40 Wochen erhöht werden. Von sehr einschneidender Bedeutung und von großem Vorteil für den Arbeitsdienstwilligen ist die Bestimmung des § 7, wonach während der Förderung die versicherungsmäßige Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung ruht, so daß also für die Dauer der Beschäftigung die Unterstützungsperiode unterbrochen wird und danach bis zum Ende abläuft.

Bestimmte Anhaltspunkte, in welcher Richtung der freiwillige Arbeitsdienst sich zukünftig bewegen soll, ergeben sich daraus, daß die Ausführungsverordnung auf die Auswahl und die Schulung der Führer besonderen Wert legt. Den Arbeitsdienstwilligen selbst ist beim Ausschleiden aus dem Arbeitsdienst auf Antrag eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Beschäftigung, möglicherweise auch über die Führung und Leistung auszustellen.

Das Verfahren selbst wird im Wege der einheitlichen Zusammenfassung und Verwaltung der Mittel wesentlich vereinfacht. Aber auch noch in anderer Weise ist eine Vereinfachung erzielt worden, so z. B. durch die Funktionen der Bezirkskommissare und des Reichskommissars. Die ersteren sprechen die Anerkennung einer Arbeit als Maßnahme des freiwilligen Arbeitsdienstes aus, während der Vorsitzende des Arbeitsamtes über die Förderungsfähigkeit des einzelnen Arbeitsdienstwilligen entscheidet.

Aus dem Wesen des freiwilligen Arbeitsdienstes folgt des weiteren die Bestimmung des Art. 4, wonach der Eintritt über den freiwilligen Arbeitsdienst kein Arbeits- oder Dienstverhältnis im Sinne der gesetzlichen Vorschriften begründet. Dagegen kommt die Sozialversicherung und der Arbeitsschutz den Arbeitsdienstwilligen zufließen.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung sind erhebliche Verbesserungen eingetreten. Ausdrücklich ist bestimmt, daß der Arbeitsdienstwillige, der im übrigen Krankenpflege und gegebenenfalls Krankenhauspflege erhalten kann, von der Entrichtung des Arzneikostenbeitrages und der Krankenscheingebühr befreit ist. Die Beiträge zur Krankenkasse sind weder vom Träger der Arbeit, noch vom Arbeitsdienstwilligen zu tragen, sondern werden aus Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes bezahlt.

Dagegen sind die Beiträge für die Unfallversicherung vom Träger der Arbeit zu bezahlen. Sie sind aber außerordentlich gering und betragen wochentäglich 2 Pf. für den Arbeitsdienstwilligen. Die reichsrechtliche Unfallversicherung kommt dem Arbeitsdienstwilligen uneingeschränkt zugute und erstreckt sich namentlich auch auf Unfälle außerhalb des Betriebes, so daß die Teilnehmer auch gegen Unfälle beim Sport und beim Turnen sowie beim Dienst im Arbeitslager versichert sind.

Für die in der Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung gestandenen Arbeitsdienstwilligen werden die Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Rentenversicherung aufrechterhalten. Die gleichen Vorteile genießen Wohlfahrtsempfänger.

Wie bisher haben Arbeitsdienstwillige, die für Siedlungszwecke eingesetzt werden, besondere Vergünstigungen.

Der freiwillige Arbeitsdienst soll keine Änderung unserer Arbeits- und Wirtschaftsverfassung herbeiführen, sondern als sozial- und wirtschaftspolitische Notmaßnahme zur Befreiung der Jugend aus jeilicher Not und gleichzeitig als Mittel zur Erhöhung der Werte und Vermehrung der Güter in der Volkswirtschaft gedacht sein.

Ein Überblick über die neuen gesetzlichen Bestimmungen zeigt, daß den ausführenden Organen und der Praxis mit der Neuordnung eine brauchbare Handhabe gegeben ist, weitergehend und in größerem Umfang, als es schon nach bisherigem Recht möglich war, zur Erreichung des arbeitspädagogischen Zieles, sowie auch des volkswirtschaftlichen Zweckes die wertvollen Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes in die praktische Wirklichkeit umzusetzen.

### Der innere Kleinriegel

#### Immer noch politische Anschläge

Vor dem kommunistischen Parteibüro in der Columbusstraße in Dresden und vor einem Hause in der Sorbenstraße wurde in der vergangenen Nacht je eine Bombe zur Explosion gebracht, wodurch einiger Sachschaden angerichtet wurde. Bei dem Anschlag in der Columbusstraße wurde ein Mann schwer verletzt.

In Krefeld wurden in zwei Einheitspreisgeschäften und in das Warenhaus Litz Tränengasbomben geworfen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Auf das Schlafzimmer des Gemeindevorstehers in Kesselsberg bei Melisch (Schlesien) wurden in der vergangenen Nacht zwei Gewehrschläge abgegeben; Personen sind nicht verletzt worden.

In München sind im Zusammenhang mit den Terrorakten, die in der Nacht zum 4. August verübt wurden, wie die Polizei meldet, sieben Angehörige der SA. festgenommen worden.

Neue Unruhen in Spanien. Aus dem Süden und Südosten Spaniens treffen Meldungen über neue Unruhen ein.

Die Lage in der englischen Baumwollindustrie hat sich so verschärft, daß mit einem Streik zu rechnen werden muß.

### Die Lage in der Mandchurei

#### Japans Pläne

Die Ereignisse in China lassen darauf schließen, daß man in einflussreichen chinesischen Kreisen an einen ernsthaften Widerstand gegen die japanischen Maßnahmen in der Mandchurei denkt. Mit welchen Mitteln man diesen Widerstand und etwa gar eine Wiedereroberung der chinesischen Provinzen durchzuführen will, ist allerdings nicht recht klar. Sicherlich aber werden die Meldungen über die chinesischen Absichten dem japanischen Gegner ein höchst willkommenes Anlaß sein, seinerseits für eine weitere Verstärkung seiner Stellung Sorge zu tragen. Japan „schützt“ nur die selbständige mandchurische Regierung.

In den Kreisen der Lotioter Regierung und des Generalstabes sind — dem „A. T.“ zufolge — alle irgendwie in Frage kommenden Pläne für die Sicherung der japanischen Stellung in der Mandchurei durchberaten worden. An erster Stelle steht da eine Denkschrift des Majors Takashi Ganahe, die alle Möglichkeiten für eine wirtschaftliche, politische und militärische Durchdringung der Mandchurei ausklopft, für ihre sozusagen friedliche Eroberung unter der Flagge „nationale Selbständigkeit“.

In der Mandchurei sollen die alten römischen Militärkolonien wiedererrichtet. Längs der Eisenbahnlinie ist, dem Plane Ganahe zufolge, alles Land in einer Tiefe von etwa 20 Kilometern von Japan zu erwerben, um dort japanische Reservisten in geschlossenen Kollektivbetrieben anzusiedeln. Die so entstehenden Dörfer haben kleinen Festungen zu gleichen. Ihre Verteidigung wird in die Hand der ständig bewaffneten Kolonisten gelegt. Neben den Gemeinen, die die einzelnen zu Säuße zu halten haben, wird jedem Dorf ein Maschinengewehr zugeweiht. Desgleichen soll die japanische Regierung Ärzte, Lehrer und andere Vertreter „höherer“ japanischer Kultur zur Verfügung stellen.

Um eine Überschneidung der Mandchurei mit chinesischen Einwandern zu verhindern, ist ein Einwanderungsverbot für Chinesen zu erlassen. Was das bedeuten würde, erhellt, wenn man berücksichtigt, daß sich die Bevölkerung des Landes im letzten Vierteljahrhundert durch Einwanderung aus China fast verdreifacht hat.

Neben diesen militärkolonialistischen Plänen Ganahe stehen seine Gedanken über die politische Gesamtorganisation der Mandchurei. Das aus Eingeborenen bestehende Kabinett soll nicht angefaßt werden. Dem Namen nach hat es das Land zu regieren. Tatsächlich aber wird jeder noch so unbedeutende Schritt irgendeines Verwaltungsbeamten durch ein neben dem Kabinett zu schaffendes „Allgemeines Amt“ kontrolliert. Hier laufen die Verträge über sämtliche Personalien zusammen. Von hier aus wird die Finanzgebarung kontrolliert. Hier wird eigentlich die Politik gemacht, und hier werden die Richtlinien für die Verwaltung ausgearbeitet. Selbstverständlich sind die Leiter dieser „eigentlichen“ Regierung Japaner.

### Vom Internationalen Arbeitsamt

#### Sondertagung des Verwaltungsrates

Dem Präsidenten des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes in Genf ist von Seiten des Vertreters der italienischen Regierung im Verwaltungsrat, Dr. Micheli, ein Schreiben zugegangen, in dem er die Einberufung einer Sondertagung des Rates verlangt, um über die baldige Einberufung einer Sondertagung der internationalen Arbeitskonferenz Beschluß zu fassen, der die Aufgabe ziele, die Frage einer Verabredung der Arbeitszeit in der Industrie im Zusammenhang mit der gegenwärtig herrschenden großen Arbeitslosigkeit zu prüfen.

Nach Prüfungnahme mit den Mitgliedern des Verwaltungsrates hat der Vorsitzende beschlossen, auf Grund der im nach der Geschäftsordnung zustehenden Befugnisse auf den 21. September eine Sondertagung des Verwaltungsrates nach Genf einzuberufen und zum Vorschlag der Micheli Stellung zu nehmen. Die ordentliche Tagung des Völkerbundsrates ist bekanntlich auf den 24. Oktober nach Madrid angelegt worden.

Weltwirtschaftskonferenz und Kriegsschuldenproblem. Der Washingtoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ weist zu berichten, daß die dortigen informierten Kreise der Ansicht seien, Hoovers Rede lasse darauf schließen, daß die ganze Frage der Kriegsschulden auf der Weltwirtschaftskonferenz aufgerollt werden solle. Auf der von Hoover angebotenen „geschichtlichen“ Basis würde es möglich sein, die Kriegsschulden als Anhang zu den Fragen zur Sprache zu bringen, die Amerika auf der Tagesordnung der Konferenz als reine Wirtschaftspragen anzuerkennen bereit sei.

Prof. Dr. Richard Willstätter 60 Jahre alt. Geheimer Rat Prof. Dr. Richard Willstätter aus Karlsruhe, Nobelpreisträger und früherer Universitätsprofessor in München, vollendet am Samstag sein 60. Lebensjahr. Richard Willstätter war zuerst Dozent in München, dann Professor am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich, Abteilungsvorstand am Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlen bei Berlin und ist dann Bahers Nachfolger in München geworden, ein großer Chemiker und eine Weltberühmtheit. Mit äußerster Arbeitsenergie hat er seine Forschungen auf verschiedenen Gebieten der Chemie durchgeführt, wie auch in der Wissenschaft von den Nahrungsmitteln. Seine akademische Lehrtätigkeit hat Willstätter ausgeübt, als vor zehn Jahren in München sich ein starkes antisemitisches Treiben entfaltete. Von dem ihm zu seinem 60. Geburtstag erwiesenen Ehrentitel ist Willstätters Ernennung zum Ehrenbürger der Technischen Hochschule in Stuttgart, wie zum Ehrenmitglied der Chemischen Gesellschaft in München zu verzeichnen. Auch nach dem Verzicht auf seine akademische Lehrtätigkeit, zu deren Wiederaufnahme er nicht zu bewegen war, ist Richard Willstätter ein hervorragender Wissenschaftler geblieben.

Das Institut für Zeitungswesen an der Universität Heidelberg ist unter der Leitung von Prof. Dr. v. Eckardt und Geheimrat Dr. h. c. Waldfirdig im Sommersemester 1932 weiter ausgebaut worden. Die Besucherzahl war die höchste seit Gründung des Instituts.

Im Wintersemester 1932/33 werden Vorlesungen stattfinden von Prof. v. Eckardt über „Soziologie der öffentlichen Meinung und Politik“ (vierstündig) und von Geheimrat Dr. h. c. Waldfirdig über die Themen „Zeitungsverlag und Betrieb“ (einstündig) und „Zeitung und Politik“ (einstündig). An Übungen sind vorgesehen: Prof. v. Eckardt „Zur Soziologie der Politik“ (zweistündig), Geheimrat Dr. h. c. Waldfirdig „Zur praktischen Zeitungsfunde“ (zweistündig), und Prof. v. Eckardt und Dr. G. Wöfe „Aber Presse und öffentliche Meinung“ (zweistündig) für Anfänger. Außerdem werden sich hervorragende Vertreter der Redaktions-Praxis an der Lehr- und Forschungstätigkeit beteiligen, u. a. durch eine Vorlesung über das Thema „Grundzüge der kulturellen Publizistik“, durch Übungen über „Die Praxis der Zeitungsredaktion“ und über das Thema „Theater und Presse“. Die von den Studierenden autonom geführten Arbeitsgemeinschaften werden nach wie vor in den Gruppen „Politik und Presse“, „Wirtschaft und Presse“, „Kultur und

### Reichskonferenz in Ottawa

#### Der Bericht der Währungskommission

Aus dem Bericht der Finanz- und Währungskommission verläutet, daß die Reichswirtschaftskonferenz die Schlüsselstellung des Vereinigten Königreichs nicht nur innerhalb des Commonwealth, sondern für die Wirtschaft und Finanz der ganzen Welt in ihrer vollen Bedeutung anerkennt. Diese Schlüsselstellung bringt mit sich, daß das Vereinigte Königreich ein ausschlaggebender Faktor für alle in Frage kommenden Maßnahmen ist. Darum begrüßt die Konferenz die vom britischen Schatzkanzler im Namen des Vereinigten Königreichs abgegebene Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Regierung Sr. Majestät wünscht die Durchführung einer Erhöhung des Großhandelspreisniveaus. Das Fehlen einer solchen Erhöhung hat unausweichlich eine Beschränkung aller jener Maßnahmen zur Folge, die hinsichtlich des Sterlingkurses unternommen worden sind. — Die Konferenz ist weiter davon überzeugt, daß die Geldpolitik darauf abgestellt sein muß, den internationalen Geldwert in zufriedenstellendem Umfang zu regeln. Zuerst müssen aber eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden, zu deren wichtigsten eine allgemeine Senkung der Warenpreise in den verschiedenen Ländern gehört. Dieses Preisniveau muß den Produktionskosten besser angepaßt sein, zu denen auch die Schulden und übrigen lang- und kurzfristigen Belastungen zu zählen sind. Schließlich müssen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Verhältnisse zweckentsprechend zu gestalten, die in zahlreichen Ländern zu einer Erschütterung der Goldwährung geführt haben.“

Die Konferenz hält es im Interesse eines sicheren Funktionierens jedes internationalen Verständnisses für unbedingt geboten, daß die internationale Zusammenarbeit gefördert und aufrechterhalten wird, damit, soweit es irgend möglich ist, die starken Schwankungen der Kaufkraft vermieden werden.

WTB. London, 13. Aug. (Tel.) Die Nachrichten aus Ottawa lauten heute erheblich zuversichtlicher. „Die Reichskonferenz ist über die Stromschnelle hinweg“, meldet z. B. „Daily Telegraph“. Alle Blätter berichten über eine größere Bereitwilligkeit des kanadischen Premierministers, den Forderungen des Mutterlandes gegenüber Nachgiebigkeit an den Tag zu legen. Dem Berichterstatter des „News Chronicle“ zufolge soll Bennett vorgeschlagen haben, gewisse Baumwollwaren in freier Konkurrenz mit kanadischen Waren hereinzulassen, wobei lediglich der Unterschied des Lohnniveaus in den beiden Ländern durch einen variablen Zoll ausgeglichen werden soll.

Auch die Besprechungen zwischen den Dominions sollen im Laufe des gestrigen Tages bedeutende Fortschritte gemacht haben.

### Kurze Nachrichten

Um das Schicksal der Deutschen Staatspartei. Ende dieses Monats wird der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei und im Anschluß daran der Gesamtvorstand der Partei in Berlin zusammenzutreten, um über die zukünftige Arbeit an und in der Partei entscheidende Beschlüsse zu fassen. In staatsparteilichen Kreisen wird erklärt, daß die Partei als solche sich bei der letzten Reichstagswahl als durchaus lebensfähig erwiesen habe, da sie als einzige der Mittelpartei ohne irgendwelche Listenverbindungen sich habe einigermassen erhalten können. Der Parteiführer, Reichstagsminister a. D. Dietrich, hat z. B. Berlin verlassen und einen kurzen Erholungsurlaub angetreten.

Übertritt zur Bayerischen Volkspartei. Der Führer der Wirtschaftspartei der Pfalz, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Gallmann-Kaiserslautern, ist zur Bayerischen Volkspartei übergetreten. Gallmann gehörte den beiden letzten Reichstagen als Mitglied der Fraktion der Wirtschaftspartei an. Bei den letzten Reichstagswahlen hat er noch als Spitzenkandidat für die Wahlkreise Würtemberg und Baden kandidiert, jedoch kein Mandat erringen können.

In der bolivianischen Antwort auf den Schritt der Neutralen nimmt Bolivien die Lösung an, die Schwierigkeiten durch Schiedsverfahren beizulegen. Dagegen lehnt es Bolivien ab, die in Paraguay besetzten Forts zu räumen. Um Reibungen zu vermeiden, würde Bolivien sich mit der Schaffung einer unparteilichen Körperlichkeit einverstanden erklären.

Das angelegte englisch-ägyptische Bündnis. Der ägyptische Ministerpräsident Sidki Pascha, hat das Gerücht, wonach zwischen England und Ägypten Verhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses eingeleitet worden seien, als falsch bezeichnet.

„Presse“ und „Recht und Presse“ die seit Jahren betriebene wissenschaftliche Arbeit in Verbindung mit praktischer Ausbärtätigkeit an den Institutsarbeiten weiterzuführen.

Weitere Punkte des Winterprogramms sind Vorträge führender Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Presse und Exkursionen zur Besichtigung von Zeitungsunternehmen, Papier- und Schnellpressenfabriken usw.

Carl-Benz-Denkmal in Mannheim. Für das Carl-Benz-Denkmal, mit dessen Bau begonnen wurde, hat der Allgemeine Deutsche Automobil-Club, der Allgemeine Schnaufer-Club und der Reichsverband der Automobil-Industrie die Schuttpflicht übernommen. Die Enthüllung des Denkmals am ersten Ostertag 1933 soll zu einer Weltfeier ausgestaltet werden. Bekanntlich stammt der Entwurf des Denkmals von Prof. Dr.-Ing. Max Raenger von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der ADAC wird zur Benz-Gedenkfeier eine Internationale Sternfahrt ausrichten und die „Schnauferbrüder“ werden den historischen Festzug des Automobils wiederholen, den sie bereits in München gezeigt hatten.

Freiburger Gelehrte bei der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft. Aus Anlaß der von 400 Teilnehmern besuchten 113. Jahresversammlung der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft in Thun hielt Geheimrat Prof. Dr. Spemann (Freiburg i. Br.) ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über „Theorien der Entwicklung im Lichte neuer Experimental-Ergebnisse“; Geheimrat Prof. Dr. Rinne (Freiburg i. Br.) sprach über das Thema „Neues über Parakristalle“ und Professor Dr. S. Sigrift (Leipzig) über „Der Ausfall auf den Hamalischen Inseln“.

Der deutsche Spielplan im Straßburger Stadttheater ist nach neuen Gesichtspunkten aufgestellt worden. Entgegen dem bisherigen Brauch soll künftig eine größere Anzahl Bühnen für die deutschen Gastspiele herangezogen werden. Außer den in Straßburg schon bestbekannten Theatern Freiburg und Basel wird man wieder das Schauspielhaus von Frankfurt a. M., das Stadttheater von Saarbrücken und das Landestheater Karlsruhe zu sehen bekommen. Außer diesen Theatern werden noch die Frankfurter Oper, das Stadttheater Jülich, das Nationaltheater Mannheim, das Hessische Landestheater Darmstadt und evtl. noch das Württembergische Landestheater Stuttgart sowie die holländische Bühne von Baden in Straßburg gastieren. Vorgelesen sind 14 deutsche Opern- und Operettengastspiele.



## Gemeinderundschau

**16 000 M Wahlkosten in Mannheim.** Das Reich vergütet bekanntlich den Gemeinden zum Ersatz der Wahlkosten einen festen nach Gemeindegröße abgestuften Betrag. Die auf die Stadt Mannheim entfallenden Kosten der Reichstagswahl vom 31. Juli betragen 10 000 M. Einseitlich der durch die Reichspräsidentenwahl verursachten Ausgaben sind im Voranschlag 1932 insgesamt 16 000 M Wahlkosten eingeseht.

**Eine Autostraße auf die Wachenburg.** Die Stadt Weinheim baut z. Bt. eine Autostraße zu den Burgen Wachenburg und Windel. Der 1. Teil der Straße bis zur Windel ist bereits fertiggestellt. Der zweite Teil zur Wachenburg, die bekanntlich Eigentum der Korps an den Technischen Hochschulen Deutschlands im Weinheimer SG. ist, wird als Notstandsarbeit in städtischer Regie ausgeführt.

Der Gemeinderat Eberbach hat eine Vereinbarung zwischen der Redarbaudverwaltung und der Stadtgemeinde Eberbach wegen der Uferregulierung auf der linken Seite des Neckars gegenüber Eberbach genehmigt. Nach dieser Vereinbarung werden von der Redarbaudverwaltung die Kosten für die Zurückverlegung der Uferlinie und damit das Beseitigen der jetzigen sog. Spöhren sowie für die Höherlegung und Anböschung der Uferlinie getragen. Diese Arbeiten werden von zwei Eberbacher Firmen ausgeführt. Es wird ferner beschlossen, die allgemeine Wertzuwachssteuer zu erheben. Seither wurde nur der Wertzuwachs aus Inflationsergebnissen versteuert, während jetzt sämtlicher Wertzuwachs, welcher ohne besondere durch den feinerigen Grundstückseigentümer vorgenommene Verbesserungen erzielt wurde, bei dem Verkauf des Grundstückes versteuert wird.

**Voranschlagsberatung unmöglich.** Wegen Fernbleibens der Fraktionen der SPD und der NSDAP. war es dem Bürgerausschuß Strüngen (Amt Bruchsal) bereits zum zweiten Male unmöglich, an die Beratung des Voranschlags für 1932/33 heranzutreten.

## Kurze Nachrichten aus Baden

**Die Baden-Badener Rennwoche gesichert**

D. Baden-Baden, 13. Aug. Es ist dem Internationalen Club nunmehr gelungen, die Baden-Badener Rennwoche für dieses Jahr zu sichern. Die Rennen in Iffezheim haben einen glänzenden Nennungsabschluß zu verzeichnen, der sogar besser als der letztjährige ist. Für die 24 Rennen, die an den vier Renntagen zum Austrag gelangen, sind rund 800 Nennungen, auch aus dem Auslande, abgegeben worden. Die Große Baden-Badener Rennwoche wird in diesem Jahre in der Zeit vom 23. August bis 14. September stattfinden. Der Große Preis von Baden, der am Freitag, den 2. September, den Höhepunkt der Rennen bildet, zeigt eine Beteiligung von vier Franzosen und 11 deutschen Pferden. Um der gegenwärtigen Notzeit Rechnung zu tragen, hat der Internationale Club die Eintrittspreise stark herabgesetzt. So wird die I.-Platz-Tribüne in diesem Jahre mit Ausnahme des großen Preisstages 5 M kosten.

D. Lahr, 13. Aug. Sechs Familien aus den Orten Reichenheim, Langemühl, Nonnenweiler, Schmieheim, Dinglingen und Baden-Weist verlassen heute ihre Heimat, um auf ein

Siedlungsgut bei Rötting umzusiedeln. Die männlichen Angehörigen dieser Familien sind schon vor einigen Wochen nach dort gezogen, um in gemeinschaftlicher Arbeit an dem Aufbau mitzuhelfen und vor allen Dingen die Ernte heimzubringen.

D. Mannheim, 13. Aug. Wie bekannt wird, befindet sich Rechtsanwalt Dr. Hafner, der wegen angeblicher Devisenverfehlungen verhaftet wurde, seit Donnerstag wieder auf freiem Fuß. Auch die anderen Beteiligten sind, soweit sie verhaftet waren, wieder freigelassen worden.

D. Altkirchheim bei Schwoygen, 12. Aug. Der verstorbenen sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Gschweiler wurde unter großer Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Kränze legten u. a. nieder Vertreter der badischen Staatsregierung und des Badischen Landtags.

b. Engen, 12. Aug. Die Bezirksgewerbeschule hat einen außerordentlich starken Rückgang ihrer Schülerzahl zu verzeichnen. Vor wenigen Jahren betrug die Schülerzahl noch 200, während sie jetzt kaum noch 70 beträgt. Die Direktorstelle wird jetzt eingepart. Direktor Schulteis hat seine Verbeziehung an die Gewerbeschule Waldshut erhalten.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

(Antlich)

	13. August		12. August	
	Weib	Brie	Weib	Brie
Amsterdam 100 G.	169.73	170.07	169.73	170.04
Kopenhagen 100 Kr.	78.97	78.23	77.92	78.08
Italien . . . 100 L.	21.53	21.57	21.51	21.55
London . . . 1 Pf.	14.635	14.675	14.62	14.66
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.92	82.08	81.93	82.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Devisenvereinerungen für den Reiseverkehr. Durch Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 10. August ist die Möglichkeit, Konten und Sperrguthaben, soweit sie nicht aus dem Verkauf von Devisen entstanden sind, für Reisen zur Erholung und zum Kurgebrauch in Deutschland freizugeben, erweitert worden. Während bisher die Freigabe nur für Reisen der Kontoinhaber selbst in gewissem Umfang erfolgen konnte, ist sie nunmehr auf Reisen dritter Personen ausgedehnt worden, jedoch mit der Maßgabe, daß die freigegebenen Beträge insgesamt 10 000 M je Konto und Kalendermonat nicht überschreiten. Reisende erhalten nähere Auskunft bei den deutschen Reisebüros.

Wieder Treibstoffkonvention? Seit Dienstag dieser Woche sind in München Verhandlungen im Gange mit dem Ziel, die Wiederaufrichtung der Treibstoffkonvention am deutschen Markt zu erreichen. Die Aussichten dieser Verhandlungen werden laut „N. N.“ zuversichtlich beurteilt. Die Verhand-

lungspartner haben sich fäktlich zunächst darauf festgesetzt, Benzinerläufe auf längere Sicht nicht abzuschließen, sondern nur auf einen Monat zu tätigen. Damit soll erreicht werden, daß man eine spätere Vereinbarung über die Wiederaufrichtung der Konvention nicht dadurch für die erste Zeit ihres Inkrafttretens belastet, daß der Markt durch neue große Abschlüsse zu den Kampfpreisen unter Druck gehalten werden könnte. Die Russen sind an den Münchener Besprechungen nicht als Verhandlungspartner beteiligt, doch ist der anwesende Beobachter mit ziemlich weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Die Rumänen nehmen offiziell an den Verhandlungen teil.

## Staatsanzeiger

### Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Furrubeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Finanzen.

— Wasser- und Straßenbaudirektion. —

**Berest:**  
Vermessungsrat Theodor Jatz in Mosbach zum Vermessungsamt Sinsheim.

**Zur Ruhe geseht:**  
wegen Erreichung der Altersgrenze: Bauoberinspektor Oswald Seiter in Karlsruhe, Wasserbaudirektor Ludwig Vertsch in Rastatt und die Straßenwärter Johann Rüffelin II in Degerfelden sowie Franz Anton Wimmel in Otigheim; wegen Krankheit auf Ansuchen: Straßenoberbaumeister Friedrich Egnar in Adelsheim.

**Verstorbene:**  
Verwaltungsassistent Jakob Herrmann in Karlsruhe, Verwaltungssekretär a. D. Andreas Nebel in Mosbach, Straßenwärter a. D. Michael Rimbeck in Mannheim-Neckarau und Straßenoberbaumeister Heinrich Keller in Vogberg.

## Badisches Landestheater Karlsruhe

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus

Spielplan vom 16. bis 21. August 1932.

Dienstag, 16. Aug.: Das Veilchen vom Montmartre. 20 bis nach 23 (2,60).  
Mittwoch, 17. Aug.: Die Fledermaus. 20 bis gegen 23 (2,60).  
Donnerstag, 18. Aug.: Die Geisha. 20 bis 22.15 (2,60).  
Freitag, 19. Aug.: Das Veilchen vom Montmartre. 20 bis nach 23 (2,60).  
Samstag, 20. Aug.: Zum erstenmal: Die Csarbadärfürstin. Operette von Leo Stein und Bela Jenbach. Musik von Emmerich Kalman. 20 bis gegen 23 (2,60).  
Sonntag, 21. Aug.: Das Veilchen vom Montmartre. 20 bis nach 23 Uhr (2,60).

In Vorbereitung:  
„Der Graf von Luxemburg“.  
„Die Dubarry“

## Winschermann G.m.b.H. Kohlen / Koks / Briketts / Brennholz

Büro: Stephanienstr. 94, am Kaiserplatz. Fernsprechanchlüsse Nr. 815, 816, 817

**Bücherschränke**  
Eiche gebeizt  
**29,50**  
**Möbelhaus Marx Kahn**  
Waldstraße 22

**Asphaltierungen**  
**Isolierungen**  
führt aus  
**Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik**  
G. m. b. H.  
Karlsruhe-Hafen

## Öffentl. Sparkasse Sandhausen N. Heidelberg

(unter Gemeindebürgerschaft)

Bilanz per 31. Dezember 1931

Aktiva	M	Passiva	M
1. Kassenbestand	12 705,45	1. Spareinlagen	716 656,31
2. Guthaben bei Girozentralen u. Postsparkonten	1 966,83	2. Aufwertungsreserven	42 746,33
3. Wechselkonto	33 703,54	3. Giroeinlagen	49 907,37
4. Wertpapiere	13 500,—	4. Anlehenkapitalien	133 321,80
5. Darlehen auf Hypothek	415 300,18	5. Durchlaufende Kredite	143 030,58
6. Darlehen auf Schuldscheine	131 004,35	6. Aufwertungsabrechnungsfonds	2 420,90
7. Kredite in laufender Rechnung	201 630,42	7. Rücklagen von früheren Jahren	46 425,17
8. Durchlaufende Kredite	143 030,88	8. Reingewinn vom laufenden Jahr	6 610,99
9. Aufwertungsforderungen	100 218,44		
10. Einnahmerückstände	55 084,83		
11. Gemeindebesitz	13 673,83		
12. Verbandseinlage	18 800,—		
13. Grundstücke	500,—		
14. Gerätschaften	1,—		
Sa.	1 141 119,75	Sa.	1 141 119,75

### Berechnung der Rücklagen

Die gesetzlichen Rücklagen haben zu betragen:  
8% der Einlagen aus 766 567,68 M . . . = 61 325,09 M  
Sie betragen auf 31. XII. 1931 . . . . . 53 036,16 M  
Somit weniger . . . . . 8 288,93 M  
Sandhausen, den 3. Februar 1932. S. 108

**PORPHYRWERK DOSSENHEIM**  
Handelshaus  
DOSSENHEIM & SOHN  
Liefert aus 2. Handwerksmännern  
enthaltenes  
**STRASSENBAU-MATERIAL**

Im Konkurs über das Vermögen der Ferdinand Müller & Co., Anna Elisabeth geb. Wittmann in Weiber soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 633,93 M verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forderungen im Betrage von 2 169,15 M. Die bevor-

**Straßenbauarbeiten**  
Das Wasser- und Straßenbauamt Donaueschingen vergibt im öffentlichen Wettbewerbs nach Kopen getrennt, folgende Bauarbeiten: 1. Bahndammverbreiterung an der Landstraße Nr. 54 bei Hüfen, bestehend in: 2000 cbm Erdbewegung, 3500 cbm Felsabtrag, 90 cbm Bruchsteinmauerwerk, 5200 qm Gesteinsetz, 270 cbm Kalksteinschotterlieferung, Einmalen von 270 cbm Schotter. 2. Bahndammverbreiterung an der Landstraße Nr. 28 bei Mandendorf, bestehend in: 2136 cbm Erdbewegung, 25 cbm Betonmauerwerk, 1305 cbm Gesteinsetz- und Kalksteinschotterlieferung, 170 cbm Bahndammverbreiterung, 215 cbm Schotterlieferung und Einmalen von 425 cbm Schotter. Pläne und Bedingungen liegen auf dem Bauamt auf, wo auch Angebotsordnungen erhältlich sind. Angebote sind bis längstens Mittwoch, den 24. August 1932, 11 Uhr, mit entsprechender Aufschrift beim Bauamt einzureichen. S. 107

**Badisches Landestheater**  
Sommer-Operette  
im Städt. Konzerthaus  
Sonntag, 14. August 1932  
**Die Fledermaus**  
Operette von Joh. Strauß  
Dirigent: Bilger  
Regie: Reißner  
Mitwirkende:  
Loritz, Bauer, Pierment, Piefer, Löfer, Schwarz, Kräger, Schniger, Söfer, Hellmuth, E. Lindemann, Schönböcker, G. Minnius  
Anfang 19 Ende geg. 22 1/2  
Preise 1-3 M.

## Bezirksparkasse Eberbach (Baden)

— Öffentliche mündelsichere Spar- und Kreditanstalt —

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	M	Verbindlichkeiten	M
1. Kassenbestand, Sorten, Zinsscheine	7 246,93	1. Spareinlagen	3 640 962,34
2. Wechsel	102 482,54	2. Depositionen	91 168,44
3. Guthaben bei Landesbanken, Notenbanken, Postsparkassen und Privatbanken	3 901,48	3. Giro- und Kontoforrenteinlagen	211 986,38
4. Guthaben beim Bad. Sparkassen- und Giroverband	82 000,—	4. Anlehen	
5. Eigene Wertpapiere	64 286,20	a) Darlehen der Rentenkassen und Goldbesparbanken	153 063,63
6. Kontoforrentkredite	433 487,89	b) Sonstige	438 507,94
7. Hypothekendarlehen	2 621 243,76	5. Verrechnung mit dem neuen Jahre (Ausgaberückstände)	17 194,28
8. Grundstückskaufgelder	9 338,71	6. Rücklagen	
9. Lombarddarlehen	3 120,—	a) aus früheren Jahren	136 259,89
10. Schuldscheindarlehen gegen Bürgerschaft	443 636,43	b) Zulassung 1931	20 599,57
11. Gemeindebesitz	525 421,23	Abale	5 518,— M
12. Aufwertungsabrechnung	60 659,88	Verpflichtungen aus weitergegebene Wechseln 34 228,— M	
13. Verrechnung mit dem neuen Jahre (Einnahmerückstände)	138 881,35		
14. Verwaltungsgebäude nebst zugehörig. Grundstücken	45 000,—		
15. Sonstige Grundstücke	163 000,—		
16. Geräte	6 000,—		
Abale	5 518,— M		
Weitergegebene Wechsel	34 228,— M		
Sa.	4 709 702,40	Sa.	4 709 702,40

### Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 3 944 117,16 M Einlagen . . . = 197 205,85 M  
Sie betragen auf 31. XII. des Jahres . . . 156 819,46 M  
Somit fehlen . . . . . 40 386,39 M  
Eberbach, den 20. Mai 1932. S. 93

**Der Verwaltungsrat der Bezirksparkasse Eberbach:**  
Der Vorsitzende: Dr. Dr. Beng, Bürgermeister.  
Der Geschäftsleiter: Dr. Dörffler, Direktor.

**Formulare**  
und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert  
**G. Braun GmbH.**  
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14.  
Tel. 952/54